

Japan sichert Hilfe zu

Bei einem Treffen des japanischen und burmesischen Außenministers wurde über die zukünftige Zusammenarbeit beider Länder diskutiert. Als Resultat der Entlassungen politischer Gefangener in Burma hat Japan dem Land Entwicklungshilfe zugesichert. Laut offizieller Angaben von Seiten Japans werde man die offizielle Entwicklungszusammenarbeit (ODA) mit Burma fortsetzen, wenn weitere Bemühungen in Richtung Liberalisierung unternommen werden. Zwei Projekte könnten in naher Zukunft realisiert werden, sofern Japan Anhaltspunkte für eine Liberalisierung fin-

det. Zum einen soll Baluchaung Nr. 2, ein Wasserkraftwerk, wiederhergestellt werden, zum anderen wird ein japanisch-burmesisches Zentrum für Personalentwicklung geplant. Diese Zusammenarbeit kann aber nur stattfinden, wenn die Demokratisierung in dem Land weiter vorangetrieben wird und diese Veränderungen unumkehrbar sind, sagte der japanische Außenminister. Des Weiteren hofft er, dass im Zuge dieser Veränderung Aung San Suu Kyis Partei National League for Democracy gesetzlich anerkannt werde.

vgl. Mainichi Shinbun, 22.10.2011

Satellitenfernsehen

Nach einem sechs Jahre andauernden Verbot von Satellitenreceivern ließ der Kommunikationsminister Thein Htun verlautbaren, dass es möglich sei in nächster Zeit Lizenzen für die Geräte zu erhalten. Phone Myint Aung, ein Abgeordneter der oppositionellen *National Democratic Force*, zitierte den Minister mit den Worten, dass ein Gesetzentwurf bereits erarbeitet wurde. Dieser Entwurf ist Teil der Neuformung des Kommunikationsgesetzes. Es scheint, als signalisieren diese Bekanntmachungen und Neuerungen verschiedener Gesetze, dass die Regierung im Begriff ist,

ihren Klammergriff um die burmesische Gesellschaft zu lockern.

Der Großteil der Satellitennutzer in der ehemaligen Hauptstadt Rangun besitzt keine Nutzungserlaubnis und begrüßte die Entscheidung. Zudem wird die Lockerung der Internetzensur als Zeichen der Öffnung der Medienlandschaft angesehen. Landesweit gab es aufgrund der Restriktionen nur circa 2.000 Satellitenanlagen, trotzdem schafften es unabhängige Exilmedien, wie die *Democratic Voice of Burma*, Nachrichten ins Land zu übertragen.

vgl. Democratic Voice of Burma, 20.10.2011

Garnelenfarmer ohne Existenz

In der Provinz Arakan verloren Garnelenfarmer aufgrund von Enteignung durch das ansässige Militär ihre Existenzgrundlage. Die Soldaten fingen und verkauften die Garnelen, um ihren Sold aufzubessern. In einem Brief an den Präsidenten und die Minister sprachen sich die Betroffenen über die Zustände in ihrer Provinz aus. Neben den Bauern waren mehr als hundert Dorfbewohner betroffen, die auf den Farmen ihren Lebensunterhalt bestritten.

Im Zuge der verstärkten Landenteignung der Garnelenfarmer kam es in Rangun zu Demonstrationen.

Ungefähr 100 Bauern, angeführt von dem Anwalt für Menschenrechte Phoe Phyu, demonstrierten für die Rückgabe ihres Landes. Da diese Protestaktion gesetzeswidrig war, wurde sie durch die Polizei aufgelöst und die Anführer in Gewahrsam genommen. Solche Protestbewegungen sind sehr selten in Burma, zumal sie von den Behörden genehmigt werden müssen, insbesondere wenn eine demokratische Idee dahinter steckt.

vgl.: narinjara.com, 26.9.; Democratic Voice of Burma, 27.10.; // bbc.co.uk, 27.10.2011

WM 2018 ohne Burma

Als Konsequenz aus den Ausschreitungen im Fußball-WM-Qualifikationsspiel im Juli 2011 gegen Oman haben die Offiziellen des Fußball Weltverbands FIFA Burma mit einer Geldstrafe in Höhe von rund 30.000 US-Dollar bestraft. Überdies untersagten sie dem Land die Teilnahme an der WM 2018 in Russland. Seitens des burmesischen Fußballverbandes werde man die Geldstrafe akzeptieren, will jedoch bezüglich des Ausschlusses von der WM 2018 in Berufung gehen, so ein Sprecher des Verbandes. Darüber hinaus sagte er, dass diese Strafen dem Ansehen seines Landes schadeten und dass er hoffe den burmesischen Fußballfans werde nun bewusst, was sie getan haben.

vgl. Democratic Voice of Burma, 3.10.2011

Privatbanken führen Geldautomaten ein

Burmas Ökonomen gehen ans Werk und beleben den am Boden liegenden Bankensektor. Die ehemalige Hauptstadt Rangun ist die erste Stadt, die von der Wiedereinführung der Geldautomaten und EC-Karten profitiert. Die *Kan-bazwa* Bank ist eine der ersten Banken des Landes, der es erlaubt wurde Geldautomaten zu installieren.

Die ersten 1.000 Kunden müssen keine Servicegebühren zahlen. Außerdem ist die Geldausgabe auf eine Million Kyat (1.170 US-Dollar) pro Tag begrenzt. Die Wiedereinführung ist nicht zuletzt auf Anraten der Vertreter des *Internationalen Währungsfonds* (IWF) geschehen, damit Burmas Wechselkurs stabilisiert und die seit Jahren stagnierende Wirtschaft angekurbelt wird.

vgl. Democratic Voice of Burma, 7.11.2011

Oberster Zensor fordert Pressefreiheit

Tint Swe, der Direktor der Zensurbehörde des Landes, fordert eine Abschaffung der seit 40 Jahren andauernden Pressezensur. Des Weiteren sagt er in einem Interview, dass es in den meisten Ländern wie auch in den Nachbarländern keine Zensur der Presse gäbe. Zumal eine Zensur nicht mehr konform sei mit den Demokratisierungsbemühungen des Landes, so Tint Swe. Jedoch müssen die Medien verantwortungsvoll mit der Pressefreiheit umgehen, erklärte er weiter. Zwar lockerte Burmas Regierung einige Pressegesetze. Allerdings wurden im gleichen Atemzug die Haftstrafen zweier Journalisten verlängert. Auf Grund dessen halten Regimegegner Tint Swes Äußerungen für eine Farce und bloße Propaganda.

vgl: Democratic Voice of Burma, 8.10.2011

Suu Kyi und Zarganar moderieren Filmfestival

Anlässlich des Unabhängigkeitstages des Landes im Januar 2012 wird ein Filmfestival veranstaltet. Dieses soll von den zwei bekanntesten Menschen des Landes moderiert werden – Aung San Suu Kyi und Zarganar, dem berühmtesten Komiker des Landes. Im Rahmen des Festivals sollen Kurzfilme und Dokumentationen gezeigt werden. Die Auszeichnungen werden den Gewinnern am 4. Januar von Suu Kyi überreicht. Neben der Moderation wird Zarganar mit einem eigenen Film ins Rennen um eine Auszeichnung gehen. Dieser soll sich mit dem Leben von Thiri Thudhamma Khin Kyi, Aung San Suu Kyis Mutter, beschäftigen. Aung San Suu Kyi selbst, wird in einem Werk des französischen Regisseurs Luc Besson gewürdigt.

vgl: Democratic Voice of Burma, 28.10.2011

Staatliche Zeitung unter Korruptionsverdacht

Drei Mitarbeiter der Zeitung *The New Light of Myanmar* stehen unter dem dringenden Tatverdacht der Veruntreuung. Die Summe soll sich auf circa eine Million US-Dollar belaufen. Laut Polizeiangaben wird neben dem Buchhalter und einem Vertriebsmitarbeiter auch der Finanzmanager der Zeitung dieser Tat bezichtigt. Man

wisse nicht, seit wann die Unterschlagung stattfindet, aber seit diesem Jahr laufen die Untersuchungen zu diesem Fall, so ein Polizeisprecher. In der Zwischenzeit ist auch, laut Medienberichten, Kyaw Hsan der Informationsminister des Landes ersetzt worden.

vgl. The Irrawaddy.org, 7.11.2011

Goldrausch am Irrawaddy

Die intensive Goldsuche in der Provinz Kachin hat verheerende Auswirkung für die Umwelt und die dort ansässigen Bewohner. Gründe hierfür sind der Einsatz hochtoxischer Chemikalien und die große Anzahl an Booten. Infolge der Wasserverschmutzung kommt es zu großem Fischsterben. Hinzu kommt, dass der Fluss die einzige Trinkwasserquelle der Region sei und die Menschen mit Folgekrankheiten zu kämpfen hätten, so

ein Dorfbewohner. Zudem wird das Flussbett durch die Abraumhalden stark verändert, sodass bei starken Regenfällen Erosionen und Überschwemmungen die Folgen wären. Laut der ansässigen Dorfbewohner schreitet der Staat kaum ein, um die Goldgewinnung und die damit verbundene Verschmutzung zu stoppen.

vgl. Democratic Voice of Burma, 3.11.2011

Zur Vergangenheit eines Botschafters

Der Burmesische Botschafter für Südafrika Myint Naung soll laut einer Recherche der südafrikanischen Zeitung *Mail & Guardian (M&G)* einige schwerwiegende Verbrechen begangen haben. 2007 war er als Brigadegeneral an Menschenrechtsverletzungen gegen das Volk der Karen in Rangun beteiligt. Zudem wird ihm ein Angriff auf ein buddhistisches Kloster zugeschrieben. Lokale und internationale Menschenrechtsorganisationen sind besorgt über die Tatsache, dass Südafrika einem Kriegsverbrecher Unterschlupf gewährt.

Die *M&G* versuchte Kopien der Empfehlungsschreiben des Bot-

schafters aus Südafrika von der Abteilung für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit zu erhalten, jedoch es war vergebens.

Als Folge der Recherche der *M&G*, haben Vertreter der südafrikanischen *Democratic Alliance Party* den Präsidenten dazu aufgefordert, Myint Naung seines Postens als Diplomat zu entheben. Gleichzeitig soll ihm die Zulassung aberkannt und er des Landes verwiesen werden. Dieses Vorhaben wäre auf Grund der Genfer Konventionen rechtens, so ein Sprecher des Ministeriums für Internationale Beziehungen.

vgl. Burmanet.Org, 4.11. / . Democratic Voice of Burma, 8.11.2011